

## **ANTRAG**

**der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Beirat für Umweltfragen der Deponie Ihlenberg einberufen**

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Beirat für Umweltfragen der Deponie Ihlenberg kurzfristig einzuberufen und eine regelmäßige Zusammenkunft mindestens einmal im Halbjahr zu gewährleisten.

**Jürgen Suhr und Fraktion**

**Begründung:**

Im Jahr 2001 wurde ein länderübergreifender Beirat für Umweltfragen der Deponie Ihlenberg gegründet. Mitglieder sind Vertreter der zuständigen Ministerien aus Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, Vertreter der Hansestadt Lübeck, von Selmsdorf, Schönberg, des Amtes Schönberger Land, des Kreises Nordwestmecklenburg, des BUND, der vereinigten Bürgerinitiative gegen die Giftmülldeponie Schönberg aus Lübeck, der Bürgerinitiative „Stoppt die Deponie Schönberg e. V.“ aus Selmsdorf, der Ihlenberger Abfallgesellschaft sowie berufene Bürger und Sachverständige, wie z. B. der Toxikologe der Universität Kiel, Dr. Hermann Kruse. Obwohl es zahlreiche aktuelle Fragestellungen im Zusammenhang mit dem Betrieb und der weiteren Entwicklung der Deponie gibt, ist der Beirat bereits seit drei Jahren nicht mehr zusammengetreten. So wäre beispielsweise aktuell zu klären, inwiefern Konsequenzen aus den abgewendeten Asbesttransporten gezogen werden konnten.

Ziel des Beirates war seit seiner Einberufung die Herstellung von Transparenz in allen Fragen über die Deponie. Vereinbart war ein offener Informationsaustausch, der alle strittigen Fragen klären sollte. Im damaligen Koalitionsvertrag zwischen SPD und der Linkspartei wurde festgehalten, dass die Beiratsmitglieder vorab über alle Vorhaben der Deponie unterrichtet werden sollten.

Der Beirat, der mehrere Arbeitskreise unterhält, arbeitete in den ersten Jahren überaus erfolgreich. So war es dem Arbeitskreis Gesundheit zu verdanken, dass die gehäuften Tumorerkrankungen bei Deponiemitarbeitern erstmals thematisiert wurden und letztlich zu einer epidemiologischen Studie durch die Universität Greifswald führte (80-prozentige Erhöhung des Krebsrisikos bei Mitarbeitern der Deponie). Auch der Arbeitskreis Wasser und Hydrogeologie konnte durch Fachkenntnis der Teilnehmer viele kritische Punkte und Grundwasserkontaminationen ans Tageslicht bringen.

Die ursprüngliche Intention des Beirates und die angehäuften Fragestellungen machen eine kurzfristige Einberufung und darauf folgend, regelmäßige Zusammenkünfte des Beirates notwendig.